



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Weinert

Wiesbaden, 08.06.2012

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
am Dienstag, 12. Juni 2012, um 17:30 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. 12-V-61-0013 DL 18/12-17
Rheinuferentwicklungskonzept Mainz-Wiesbaden
2. 12-V-67-0002 ANLAGE
Umgestaltung des Rathenauplatzes und der ehemaligen Rampe Alexander-M.-Patch-Brücke in
Mz-Kastel

- *Der Magistrat berät hierzu in seiner Sitzung am 12.6.2012.* -

3. 12-F-33-0074

Rheinuferkonzeption Kastel

- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 30.5.2012 -

Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat mit der Umsetzung der beiden Projekte "Bauvorhaben Busstation am Kasteler Hochkreisel" (Stationsentwicklungsplanung Bahnhof Mainz-Kastel 1. Bauabschnitt 09-V-66-0207) und "Neugestaltung des Rheinufers an der Reduit" unter Einsatz von erheblichen Haushaltsmitteln große und wichtige Bereiche rund um die Reduit in Mainz-Kastel für jedermann erkennbar aufgewertet.

Die geplanten Maßnahmen und die Erstellung eines Gesamtkonzeptes für den Rathenauplatz und die ehemaligen Rampe der Alexander-M.-Patch-Brücke sind weitere Bausteine der Aufwertung des für die Naherholung und als Visitenkarte Wiesbadens wichtigen Areals.

Die Aufnahme solcher Projekte in das Förderprogramm "Regionalpark RheinMain" und die Anbindung dieser Uferbereiche an die Regionalparkroute tragen neben einer erfreulichen finanziellen Bezuschussung auch zu einer Sicherung, Aufwertung und Verknüpfung der Landschaften im teilweise noch immer industriell genutzten Verdichtungsraum bei.

Der Ausschuss möge beschließen,

Zur Weiterverfolgung dieses Gesamtziels wird der Magistrat gebeten,

1. zu berichten, warum die von der Stadtverordnetenversammlung am 16.12.2010 („Rheinufersperrade Mainz-Kastel; Neugestaltung an der Reduit“ Beschluss Nr. 0613) beschlossene Verkehrsführung bezüglich der Ausfahrt aus dem Reduithof in Richtung Bahnhofplatz zur Reduzierung der Rheinuferverkehre nicht umgesetzt wurde
2. in der neuen Reduitumfahrung zwischen Theodor-Heuss-Brücke und der Stichstraße zum Reduithof Parkmöglichkeiten zu schaffen (z.B. durch alternierendes Parken), mit dem Ziel, die Durchfahrtsgeschwindigkeit an dieser Stelle zu reduzieren.
3. zu berichten, zu welchem Ergebnis die Gespräche mit der Landeshauptstadt Mainz geführt haben, die dauerhafte verkehrliche Hupterschließung der Reduit zum frühestmöglichen Zeitpunkt über den Parkplatz an der Südseite der Reduit zu realisieren und in wie weit das Projekt der denkmalschutzgerechten Sanierung des ehemaligen Zollhäuschens voran geschritten ist (Beschluss Nr. 0613 vom 16.12.2010).
4. über die Verhandlungen mit der Landeshauptstadt Mainz bezüglich des Geländes „Enoch“ und des Betriebsgeländes der Firma Kies Menz zu berichten. Der Magistrat wird in diesem Kontext gebeten, nach Möglichkeit
 - a. dauerhaft sicher zu stellen, dass die öffentliche Nutzung des historischen Geländes "Enoch" an der Bastion Schönborn auch weiterhin für jedermann gewährleistet ist;

- b. die derzeit brachliegende Fläche des von der Firma Kies Menz als Betriebsstandort aufgegebenen Areals neben der Theodor-Heuss-Brücke für eine öffentliche Nutzung zu entwickeln, zum Wasser hin für Fußgänger/innen und Radfahrer/innen zu öffnen und in die weitere verkehrsberuhigte Rheinuferentwicklung mit einzubeziehen.

4. 12-F-33-0075

Gesamtkonzept Ausbaumaßnahmen US-Army
- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 4.6.2012 -

Im Zuge des Umzugs des Hauptquartiers der US-Landstreitkräfte USAREUR von Heidelberg nach Wiesbaden sollen bis 2015 weitere 1.000 US-Soldaten nach Wiesbaden verlegt werden. Einschließlich Familien und Zivilangestellten werden so in der Summe 20.000 (statt bisher 16.000) Angehörige der US-Army in Wiesbaden leben. In diesem Kontext werden derzeit eine Reihe von Einzelbaumaßnahmen geplant bzw. durchgeführt, ohne dass das Gesamtkonzept bekannt ist.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten den aktuellen Stand der Gesamtplanung vorzustellen und zu berichten, welche Maßnahmen sich derzeit in Planung oder Umsetzung befinden.

5. 12-F-03-0082

Meldeplattform Radverkehr
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.5.2012 -

Auf der Meldeplattform Radverkehr (www.meldeplattform-radverkehr.de) können Radfahrerinnen und Radfahrer ihrer Kommune helfen Mängel in der Radwegeinfrastruktur zu orten und somit dazu beitragen, dass das Radfahren zukünftig sicherer und komfortabler wird. Die Meldeplattform verkürzt den Weg der Bürgerinnen und Bürger zur Kommune und führt direkt zum richtigen Ansprechpartner, da die Ergebnisse von der Verwaltung abgerufen werden können. Auch Wiesbaden nimmt an der Meldeplattform Radverkehr teil (vgl. Beschluss 0121 des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 15.6.2012)

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, wie viele und welche Mängelmeldungen eingegangen sind und welche Folgen die Eingaben hatten, bzw. haben werden.
2. im Rahmen der Erstellung des Radverkehrskonzepts auch die Meldeplattform Radverkehr zu bewerben, um möglichst viele Stellungnahmen von Wiesbadener Radfahrerinnen und Radfahrern zu erhalten, z.B. indem auf der Internetseite der Landeshauptstadt Wiesbaden an gut sichtbarer Stelle auf die Meldeplattform Radverkehr verlinkt wird.

6. 12-F-08-0075

Geplante Änderung des ÖPNV-Gesetzes
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 5.6.2012 -

Seitens der Hessischen Landesregierung wurde ein Entwurf zur Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV-Gesetz) in die parlamentarischen Beratungen eingebracht.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Magistrat möge darlegen,

- mit welchen Folgen bei der vorgesehenen Änderung des ÖPNV-Gesetzes für die Entwicklung des ÖPNV in der Landeshauptstadt Wiesbaden zu rechnen ist und
- wie er absehbare negative Folgen - ggfs. zusammen mit anderen Kommunen bzw. Organisationen wie dem Hessischen Städtetag - abzuwenden gedenkt.

7. 12-F-07-0003

Gestaltungsbeirat
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 30.04.2012 -

Vor der Wahl im Jahre 2011 wurde vom Oberbürgermeister die Einrichtung eines Gestaltungsbeirates für Wiesbaden angekündigt. Die juristischen Vorarbeiten dazu sind schon sehr lange abgeschlossen. Eine entsprechende Magistratsvorlage war Anfang des Jahres 2012 ausgearbeitet, sie wurde wieder zurückgezogen.

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wie sich die lange Verzögerung in dieser Sache erklärt;
2. aus welchen Gründen die fertige Vorlage wieder zurückgezogen wurde;
3. wann mit einer endgültigen Beschlußvorlage zu rechnen ist.

8. 12-F-07-0004

ANLAGE

Projekt Sporthalle / Geschäftshaus am Platz der Deutschen Einheit
- *Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 10.5.2012* -

9. 12-F-03-0035

Mehr Tempo für die Wi-Bahn
- *Sachstandsbericht* -

10. 12-V-12-0006

DL 21/12-4

Einreichung des Antrages zur Aufnahme in die nationale Tentativliste beim Land Hessen und weitere Mitarbeit an einer transnationalen seriellen Bewerbung als Weltkulturerbe

11. 12-F-03-0085

Stopp für Planungsaktivitäten zu Rhein-Main-Hallen -
Ausgang Bürgerbegehren/Bürgerentscheid abwarten
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.5.2012 -

Gegen den Stadtverordnetenbeschluss vom 26.04.2012, der eine Inanspruchnahme der Herbert-Anlagen ohne eindeutig definierte Baugrenze für den Neubau der Rhein-Main-Hallen zulässt, läuft zur Zeit die Unterschriftensammlung für ein Bürgerbegehren. Ziel des Begehrens ist es, durch einen Bürgerentscheid den Verbindungsweg Friedrich-Ebert-Allee / Kronprinzenstraße als Bebauungsgrenze verbindlich festzuschreiben, die sogenannte „rote Linie“.

Für weitere flächenbezogene Planungsaktivitäten wie z. B. einen Architektenwettbewerb fehlt, solange der Ausgang des Bürgerbegehrens/Bürgerentscheids und damit die für die Bebauung zur Verfügung stehende Fläche nicht feststeht, die sichere Planungsgrundlage. Eine Fortführung des Bauvorhabens nach Vorgaben des Stadtverordnetenbeschlusses birgt zum jetzigen Zeitpunkt das Risiko, dass nicht verwendbare Planungen gemacht werden, die wertlos sind - mit entsprechenden finanziellen Konsequenzen.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr möge daher beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, sämtliche flächenbezogenen Planungsaktivitäten zum Neubau der Rhein-Main-Hallen so lange einzustellen, bis mit dem Ergebnis des Bürgerbegehrens/Bürgerentscheids Planungssicherheit bezüglich der Baufläche besteht.

12. 12-F-03-0083

Verkehrsgutachten Erweiterung des XXXL-Möbelmarkts
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.5.2012 -

Ortsbeirat, Anwohner und Bürgerinitiative laufen Sturm gegen die Erweiterung des XXXL-Möbelmarktes im Gewerbegebiet an der Äppelallee in Biebrich / Schierstein. Vor allem befürchten sie eine weitere Verschlechterung der momentan bereits katastrophalen Verkehrssituation.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

über die zu erwartenden Veränderungen der Verkehrssituation im Zuge des Ausbaus des XXXL-Möbelmarkts zu berichten, insbesondere:

- Das im Zuge der Ausbauplanung für den XXXL-Möbelmarkt angefertigte Verkehrsgutachten vorzustellen.
- Die Leistungsfähigkeit des neuen Kreisels darzustellen.
- Darzulegen, welche Veränderung der Gesamtbelastung zu erwarten wäre, wenn zwischen Hornbach und Obi in der Friedrich-Bergius-Straße ein zusätzlicher Autobahnzubringer installiert wäre.

13. 12-F-03-0084

Mit der Aartalbahn zur Landesgartenschau in Bad Schwalbach
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.5.2012 -

Bad Schwalbach hat den Zuschlag für die Ausrichtung der Landesgartenschau 2018 erhalten. Es wird mit einer halben Million Besuchern während der 170 Veranstaltungstage gerechnet. Wenn möglichst viele mit öffentlichen Verkehrsmitteln anreisen würden, wäre die Belastung für die Stadt Wiesbaden und das Umland am geringsten. Dies erfordert jedoch eine funktionierende Anbindung von Bad Schwalbach.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

vor dem Hintergrund der 2018 in Bad Schwalbach stattfindenden Landesgartenschau, im Zusammenwirken mit dem Rheingau-Taunus-Kreis und dem Land Hessen ein Verkehrskonzept für die Durchführung zu entwickeln, das die verkehrlichen Mehrbelastungen für die LHW und die Region minimiert und dafür u. a. Schienenverkehr auf der Aartalbahn von Wiesbaden und aus dem Rhein-Main-Gebiet nach Bad Schwalbach vorsieht.

14. 12-F-03-0086

Überwachung des Verkehrs

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.5.2012 -

Um das Radfahren in der Stadt sicherer zu machen, ist es u.a. notwendig die Radwege von parkenden Autos frei zu halten (Problem z.B. in der Taunusstraße und der Bahnhofstraße) und das Parken, dort wo es die Sicht behindert, zu unterbinden. Anfang Mai hat ein parkender LKW auf der Biebricher Allee Rad- und Autofahrer die Sicht genommen. Eine Verkettung unglücklicher Umstände hat zu einem Unfall mit schweren Verletzungen des Radfahrers geführt. Auch die Einhaltung der Geschwindigkeitsbegrenzung ist wichtig für die Sicherheit der Radfahrenden (Problem z.B. in der Parkstraße). Leider halten sich Autofahrerinnen und Autofahrer nicht immer an die Regeln, deshalb ist die Verkehrsüberwachung eine wichtige kommunale Aufgabe.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. verstärkt den ruhenden Verkehr, insbesondere auf Radwegen und an Stellen, an denen er die Sicht behindert, zu kontrollieren.
2. auf Straßen mit hohem Radverkehrsaufkommen, die Geschwindigkeit der Autofahrenden verstärkt zu kontrollieren.

15. 12-F-08-0074

Sachstandsbericht Bauleitplanung „LindeQuartier“

- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 5.6.2012 -

Am 28. August 2008 erfolgten für einen Bebauungsplan „LindeQuartier“ im Ortsbezirk Mainz-Kostheim der Aufstellungsbeschluss nach § 2 (1) BauGB und für eine

Flächennutzungsplanänderung für diesen Bereich der Änderungsbeschluss nach § 2 (1) i. V. m. § 1 (8) BauGB sowie der Entwurfsbeschluss. Die öffentliche Auslegung der Pläne nach § 3 (2) BauGB erfolgte vom 9. September bis zum 9. Oktober 2008. Weitere Verfahrensschritte sind (siehe Internetauftritt der Landeshauptstadt Wiesbaden) nicht ersichtlich.

Der Geltungsbereich der Planungen umfasst über 105.000 m². Angesichts der vorhandenen und wachsenden Nachfrage auf dem Wiesbadener Wohnungsmarkt ist die Konversion von ehemals industriell oder militärisch genutzten Flächen, hier: ehem. Kühlgeräte-Produktion, dringend erforderlich.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge über den Sachstand der Bauleitplanung und darüber berichten, welche konkreten Maßnahmen in den letzten 3 ½ Jahren erfolgtten, um den Planungsbereich der vorgesehenen Nutzung zuzuführen.

16. 11-F-33-0027

ANLAGE

Parkplatzsituation Welfenstraße / Berufsschulzentrum

- *Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 2.5.2012* -

17. 12-V-61-0004

DL 19/12-10

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Nahversorger Hans-Böckler-Straße" im Ortsbezirk Dotzheim - Satzungsbeschluss -

18. 12-V-61-0022

DL 19/12-11

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Karl-Arnold-Straße" im Ortsbezirk Dotzheim in Verbindung mit § 13a Baugesetzbuch (BauGB) - Beschluss über die Aufstellung und die öffentliche Auslegung -

19. Verschiedenes

1. **11-F-03-0099** **ANLAGE**
Aartalbahn
- Bericht des Dezernates IV vom 17.4.2012 -

2. **12-F-33-0009** **ANLAGE**
Gigaliner
- Bericht des Dezernates IV vom Mai 2012-

3. **11-V-04-0009** **DL 18/12-2**
Sanierung der Fußwegeverbindung zwischen Nerostraße und Lehrstraße (Bergelchen)

4. **12-V-20-0025** **DL 18/12-1 NÖ**
Anpassung des WiBau Gesellschaftsvertrages

5. **12-V-20-0032** **DL 19/12-3 NÖ**
Bürgschaft Nr. 588 - Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft zugunsten der ESWE Verkehrsgesellschaft mbH

6. **12-V-20-0034** **DL 19/12-4 NÖ**
Bürgschaft Nr. 589 a und b - Übernahme von zwei modifizierten Ausfallbürgschaften zugunsten der ESWE Verkehrsgesellschaft mbH

7. **12-V-36-0011** **DL 21/12-7**
Einführung einer Umweltzone - Darstellung der Kosten

8. **12-V-40-0022** **DL 19/12-6**
Prioritätenliste Schulbau und Schulentwicklung

9. **12-V-51-0006** **DL 21/12-9**

U3-Ausbauprogramm 48; Schaffung von 80 zusätzlichen Krippenplätzen (und 60 Elementarplätzen) in 5 Kindertagesstätten

- | | | |
|------------|---|----------------------|
| 10. | 12-V-51-0015 | DL 18/12-9 |
| | Wohnungsbauprogramm 2011, Ausführungsvorlage | |
| 11. | 12-V-61-0005 | DL 18/12-16 |
| | Dachgestaltungssatzung für den Ortsbezirk Auringen | |
| 12. | 12-V-66-0503 | DL 19/12-5 NÖ |
| | Baulandumlegung 91 "Östlich der Anna-Birle-Straße" in Mainz-Kastel, Beendigung des Widerspruchsverfahrens gegen den Teilumlegungsplan 4 durch Vergleich | |
| 13. | 12-V-80-2307 | DL 21/12-1 NÖ |
| | Geplantes Wohngebiet "Eichen" - Vorbereitung der Planung - Beauftragung der SEG GmbH | |
| 14. | 12-V-80-2308 | DL 18/12-4 NÖ |
| | Verkauf der Grundstücke Welfenstraße 5 und 5b, Wiesbaden (Südost) | |
| 15. | 12-V-80-2312 | DL 19/12-6 NÖ |
| | Verzeichnis der vom 1. Januar 2012 bis 31. März 2012 genehmigten Grundstücksvorlagen | |
| 16. | 12-V-80-2313 | DL 19/12-7 NÖ |
| | Verkauf von Gewerbegrundstücken im Max-Planck-Park in Delkenheim | |
| 17. | 12-V-80-2314 | DL 19/12-8 NÖ |
| | Gewerbegrundstücke im Petersweg-Ost; Verkauf plus Option | |
| 18. | 12-V-80-2315 | DL 19/12-9 NÖ |

Verkauf des Grundstückes Rheingaustraße 79 in Wiesbaden-Biebrich; Beauftragung von umwelttechnischen Untersuchungen

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Kessler
Vorsitzender